

Schlussbericht EMRIC



VORWORT

Europa fängt an der Grenze an. Vor allem in der Euregio Maas- Rhein liegt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor der Hand.

Das Thema Sicherheit gehört auch dort selbstverständlich in den Verantwortungsbereich der verschiedenen Behörden. Alle Partner in der Euregio haben ihre eigene Sicherheitsstruktur organisiert, in der die jeweiligen Verantwortlichkeiten festgesetzt sind. Die Euregio Maas-Rhein umfasst ein Gebiet von ca. 50 km², in dem 1,3 Millionen Einwohner leben und in dem verschiedene großflächige Risiken auftreten können. Glücklicherweise treten Katastrophen und Unfälle nicht oft auf. Bei Großunfällen ist schnell offensichtlich, dass innerhalb der Euregio die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit besteht. Um in solchen Fällen miteinander arbeiten zu können, ist es von Bedeutung, dass sich die Partner und die Einrichtungen untereinander kennen. Die gute Zusammenarbeit bei alltäglichen Schwierigkeiten oder bei Übungen ist eine maßgebliche Voraussetzung für die gute Zusammenarbeit bei Kalamitäten.

Die Erkenntnis, dass eine derartige Zusammenarbeit notwendig ist, hat die Stiftung Euregio Maas- Rhein veranlasst, das vorliegende Projekt zu initiieren.

In dem Projekt EMRIC wurde eine Vielzahl von Hilfsmitteln entwickelt, anhand derer eine Zusammenarbeit gefördert beziehungsweise erst möglich gemacht wird. Darüber hinaus konnten im Rahmen des Projekts verwaltungstechnische und operationelle Disziplinen zusammengeführt werden; eine maßgebliche Voraussetzung für einen adäquaten Katastrophenschutz.

Sicherheitsdienste kennzeichnen sich vor allem durch eine hohe Integrität der Mitarbeiter. Dies ist auch ein Grund dafür, dass Kollegialität innerhalb der Grenzregion bereits seit Jahren für Kontakte und Freundschaften unter den operationellen Diensten gesorgt hat. Diese guten Beziehungen haben neben den seit Jahren bestehenden Überlegungsstrukturen dazu beigetragen, dass innerhalb des Projekts EMRIC eine konstruktive Zusammenarbeit realisiert werden konnte. Der Wille zu dieser Zusammenarbeit hat aber auch dazu geführt, dass sprachliche Barrieren innerhalb der Projektgruppe nahezu keine Rolle gespielt haben und sich damit jeder dafür stark gemacht hat, den anderen zu verstehen.

Es ist daher auch wichtig, die nun bestehenden Beziehungen der Partner untereinander auch langfristig zu pflegen. Die weitere Beteiligung der verantwortlichen Verwaltungsorgane ist maßgeblich von Bedeutung, wenn die ausführende Zusammenarbeit weiterhin Bestand haben soll.

An diesem Projekt waren viele Parteien involviert. Viele der Tätigkeiten von Personen fanden außerhalb ihrer primären Aufgabenbereiche innerhalb ihrer Organisation statt. Für eine langwährende Fortsetzung der nun realisierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit benötigen die partizipierenden Organisationen klar strukturierte Kapazitäten. Mit anderen Worten, es ist eine strukturierte Integration in organisatorische Abläufe realisiert werden. Den verantwortlichen Organisationen obliegt nun die Aufgabe, die Ergebnisse des Projekts in ihren Unternehmen zu integrieren und für eine Fortsetzung des Erzielten zu sorgen. In Anbetracht der Tatsache, dass der euregionale Beirat Öffentliche Sicherheit und Katastrophenschutz bereits erste Schritte unternommen hat, um ein Folgeprojekt zu initiieren, hoffe ich nun, dass die Chancen für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit und Implementierung der Ergebnisse gut stehen.

Zum Schluss möchte ich allen danken, die an der Umsetzung des Projekts beteiligt waren. Mit ihrer Unterstützung und ihrem steten Einsatz konnte eine freudige und fruchtbare Zusammenarbeit bewerkstelligt werden.

Paul M.G.A. Schmedding

Projektkoordinator



INHALTSVERZEICHNIS

TEIL 1: PROJEKT EMRIC	1
1 EINTLEITUNG	2
1.1 Aufbau des vorliegenden Berichts	2
1.2 Veranlassung	2
2 PROJEKT	3
2.1 Projektpartner	3
2.2 Zielsetzungen	3
2.3 Aufbau des Projekts	3
2.4 Indikatoren	7
2.5 Projektstruktur	7
2.6 Finanzstruktur	8
2.7 Kommunikation und Publizität	9
2.8 Zeitlicher Ablauf	10
TEIL 2: ERGEBNISSE	11
3 EUREGIONALE RISIKOKARTE	12
3.1 Einleitung	12
3.2 Ausgangspunkte und Zielsetzung	12
3.3 Prozess	13
3.4 Ergebnisse	13
3.5 Schlussfolgerung und Empfehlungen	13
4 SICHERHEITSPORTAL	15
4.1 Einleitung	15
4.2 Zielsetzung	15
4.3 Prozess	15
4.4 Ergebnisse	15
4.5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen	16
5 GEMEINSCHAFTSKONZEPTE	17
5.1 Einleitung	17
5.2 Zielsetzung	17
5.3 Prozess	17
5.4 Ergebnisse	17
5.5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen	17
6 INTERNE EN EXTERNE KOMMUNIKATION	19
6.1 Projektpartner	19
6.2 Euregio Maas-Rhein	19
6.3 Interreg-Manager	19
6.4 Kofinanzierer	19
7 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFELUNGEN	20
7.1 Allgemeine Schlussfolgerungen	20
7.2 Allgemeine Empfehlungen	21
ANLAGE 1:	23
ANLAGE 2:	24

TEIL 1: PROJEKT EMRIC



1 EINLEITUNG

1.1 Aufbau des vorliegenden Berichts

Das vor Ihnen liegende Dokument stellt den Schlussbericht des Projekts „Euregio Maas-Rhein Intervention im Krisenfall“, kurz EMRIC genannt, dar. In dem Kapitel „Veranlassung“ wird beschrieben, warum und wie das Projekt initiiert wurde. In Kapitel 2 werden das Projekt EMRIC¹ in seiner Allgemeinheit sowie die Zielsetzungen und der Aufbau anhand von Indikatoren, Strukturen, Finanzen etc. erläutert.

Der zweite Teil des Berichts behandelt explizit die Teilprojekte des Projekts EMRIC. In den Kapiteln 3, 4 und 5 werden die Teilprojekte jeweils hintereinander besprochen. Die Kapitel 6 und 7 gehen auf die allgemeine Kommunikation sowie die Schlussfolgerungen und Empfehlungen ein.

Dieser Schlussbericht beschreibt hauptsächlich den Prozessablauf und nicht so sehr die inhaltlichen Ergebnisse. Diese werden über die unsere Internetseite www.emric.info veröffentlicht.

1.2 Veranlassung

Im Kontext der Euregio Maas-Rhein² existiert seit mehr als zwanzig Jahren der Beirat „Öffentliche Sicherheit und Katastrophenschutz (OVR)“. Im Laufe der Jahre hat diese Arbeitsgruppe in Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei öffentlicher Sicherheit und Katastrophenschutz viel erreicht. Dies lässt sich anhand von den getroffenen Übereinkünften hinsichtlich zu leistender Nachbarschaftshilfe, kleineren Gesetzesänderungen, praktischen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit und den von der Arbeitsgruppe entwickelten Hilfsmitteln belegen.

Es hat sich immer wieder gezeigt, dass die erreichten Ergebnisse nicht immer allen Betroffenen

bekannt waren. Sicherlich ist vieles davon erklärbar, da sich zum Beispiel Organisationen verändern und das Personal wechselt etc.

Ziel des Projekts ist es daher, die in der Vergangenheit getroffenen Absprachen sowie die erreichten Ergebnisse über das Internet zu veröffentlichen und dadurch zu sichern, indem entsprechende Gemeinschaftskonzepte entwickelt und beschlossen werden. Damit soll vermieden werden, dass neue Personen oder Gruppen Fragen stellen oder nach Lösungen für Barrieren suchen, die bereits ausgearbeitet wurden.

Im Bereich von Hilfsorganisationen und des Katastrophenschutzes lautet die Zielsetzung, Personen so schnell, so gut und so professionell wie nur möglich adäquaten Beistand zu leisten. Diese Funktion ist im grenzüberschreitenden Bereich der EMR noch nicht optimal besetzt. Dies hängt unter anderem von juristischen, strukturellen und geografischen Bedingungen ab. Innerhalb des Beirats OVR wurden daher gemeinschaftliche Ansätze und Konzepte erarbeitet.

Die beabsichtigte Zusammenarbeit wurde innerhalb eines Projekts geleistet, welches mit europäischen Mitteln aus dem Fördertop Interreg IIIa, ein Stimulierungsfond für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, finanziert wurde.

¹ im weiteren Verlauf ‚das Projekt‘ genannt

² im weiteren Verlauf EMR genannt



2 PROJEKT

2.1 Projektpartner

Das Projekt ist das Resultat einer Zusammenarbeit zwischen den nun folgenden sechs formellen (direkten) Partnern aus der EMR:

- Provinz Limburg (NL);
- Provinz Limburg (B);
- Provinz (B);
- CIPAL (B);
- GGD Süd Limburg, GHOR (NL);
- Berufsfeuerwehr Aachen (D).

Bereits von Anfang an war klar, dass im Bereich der euregionalen Zusammenarbeit innerhalb der öffentlichen Sicherheit und des Katastrophenschutzes auch andere verwaltungstechnische und operationelle Organisationen eine Rolle spielen. Das bedeutet, dass an der Durchführung des Projekts deutlich mehr Organisationen beteiligt waren als lediglich die formellen Projektpartner. Dazu zählen folgende Instanzen:

- Feuerwehr im Kreis Heinsberg (D);
- Feuerwehr im Kreis Aachen (D);
- Feuerwehr im Kreis Euskirchen (D);
- Feuerwehr im Kreis Düren (D);
- Feuerwehr in Eupen (B);
- Feuerwehr in Lüttich (B);
- regionale Feuerwehr Süd-Limburg (NL);
- Sicherheitsdirektion Süd-Limburg (NL);
- Regierungsbezirk Köln (D);
- Innenministerium Düsseldorf (D);
- die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (B);
- Sektor Sicherheit Nord und Mitte Limburg;

Diese indirekten Partner haben eine sehr aktive Rolle innerhalb diverser Arbeitsgruppen gespielt und daher einen maßgeblichen Beitrag zu der Durchführung des Projekts geliefert. Sie werden konsequenterweise in den meisten Fällen deshalb als vollständige Projektpartner betrachtet.

2.2 Zielsetzungen

Die Zielsetzungen des Projekts standen durchweg im Zeichen der Hauptzielsetzung innerhalb von INTERREG IIIa, nämlich:

„Intensivierung der strukturierten, euregionalen Zusammenarbeit“

Dieses primäre Ziel wurde anhand des Themas „Intervention im Krisenfall“ verfolgt. Die Partner waren vollzählig der Meinung, dass durch die weitere Strukturierung der bereits bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein Vorteil für die Partner, aber auch für die EMR erzielt werden kann. Die Zielsetzung des Projekts lautet daher wie folgt:

Ziel des Projekts EMR-IC ist es, bereits in der Vergangenheit getroffene Vereinbarungen und erreichte Ergebnisse zum Teil mit Hilfe des Internets für alle zur Verfügung zu stellen.

Anhand des in Phasen eingeteilten Projektplans wurden die Ziele so festgesteckt, dass sie innerhalb der Projektlaufzeit erreicht werden konnten. Damit sollten nicht nur das Projektziel an sich, sondern auch das Ziel von INTERREG IIIa eingehalten werden.

2.3 Aufbau des Projekts

Damit die Ziele des Projekts auch erreicht werden konnten, wurde ein Projektplan geschrieben, der sich in die folgenden drei Teilprojekte unterteilen lässt:

- euregionale Risikokarte
- Sicherheitsportal
- euregionale Gemeinschaftskonzepte und Übungen

Die verschiedenen Projektaktivitäten, die sich anhand der drei Teilprojekte ergaben, fanden nicht chronologisch statt, sondern verliefen parallel. Allerdings war sehr wohl immer ein Abgleich zwischen den verschiedenen Teilprojekten notwendig, da die Teilprojekte zum Teil auf die gegenseitigen (Teil-)ergebnisse angewiesen waren.



Die Zielsetzungen variierten zwischen den einzelnen Teilprojekten. Die Zielsetzung für jedes Teilprojekt lautete daher wie folgt:

Sicherheitsportal:

Das Sicherheitsportal besteht aus einem öffentlich zugänglichen Teil und einem Bereich für professionelle Nutzer, für welchen ein Passwort benötigt wird.

1. das Sicherheitsportal stellt eine Kommunikationsbrücke zwischen den zentralen Leitstellen dar. Außerdem stellt es die dreisprachigen Meldeformulare über die medizinische Versorgung sowie den Einsatz der Feuerwehr in digitaler Form zur Verfügung, diese können daher jederzeit aufgerufen werden; der Beirat OVR hat dreisprachige Meldeformulare in Hinblick auf die medizinische Versorgung entwickelt, die von den Hilfsdiensten und der Verwaltung in der Euregio Maas-Rhein benutzt werden, um sich gegenseitig über Zwischenfälle mit möglichen grenzüberschreitenden Folgen zu informieren und um sich gegenseitig den nötigen Beistand zu leisten, wenn dieser erforderlich ist. Die Formulare sind so aufgebaut, dass keine sprachlichen Hemmnisse auftreten können. Sie wurden nämlich in die drei Sprachen der EMR übersetzt, wobei jedes Kästchen, welches ausgefüllt werden muss, mit einer Nummer versehen ist. Die Formulare konnten allerdings bislang nicht digitalisiert werden, was jedoch in unmittelbarer Zukunft geschehen soll. Danach können sie in der jeweiligen Landessprache ausgefüllt werden und ist zeitgleich der automatische Versand des Formulars in den jeweils übrigen beiden Sprachen möglich. Die Papierversionen der Formulare liegen bereits vor. Diese Art von Meldeformularen steht der Feuerwehr noch nicht zur Verfügung und müssen daher im Laufe des Projekts entwickelt werden.
2. das Sicherheitsportal soll die erworbene Kenntnis über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit zusammenführen; dieser Teil des Sicherheitsportals beinhaltet somit alle abgeschlossenen Verträge und wichtigen Gesetzesänderungen in bibliothekarischer Form. Dazu zählen Staatsverträge, Übereinkünfte hinsichtlich Nachbarschaftshilfe unter den Grenzgemeinden, ergänzende Übereinkünfte zwischen

den Provinzen, Vereinbarungen zur Zusammenarbeit, grenzüberschreitende Katastrophenpläne, aber auch die gesetzlichen Regelungen innerhalb der drei Länder, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtern, wie zum Beispiel die Befreiung der Mitführung von Blaulicht und Horn, die Anerkennung ausländischer Rettungsfahrzeuge, Regelungen hinsichtlich des Einsatzes von Rettungshubschraubern, Befreiung von der Verwendung von Radiofrequenzen für die mobile Kommunikation etc. Diese Dokumente müssen innerhalb des Projekts zusammengetragen und anschließend in digitaler Form zum Download angeboten werden.

3. Digitalisierung einer bereits zuvor zusammengetragenen mehrsprachigen Begriffsliste; der Beirat OVR hat mehrsprachige Begriffslisten für die Feuerwehr, die Polizei und die medizinische Notfallversorgung erstellt. Diese Listen wurden in gebundener Form herausgegeben und werden von den Einsatzfahrzeugen innerhalb der EMR mitgeführt. Außerdem sind die Listen auch an vielen anderen Orten nützlich, wie in den zentralen Leitstellen oder den Koordinationsstäben in Krisenfällen. Die Listen verdeutlichen, welche Begriffe in den einzelnen Sprachen für verschiedene Angelegenheiten verwendet werden. Die Übersetzung erfolgte nicht nur rein sprachlich, der fachliche Hintergrund wurde ebenfalls berücksichtigt. Sobald ein Begriff in der eigenen Landessprache eingegeben wird, erscheint automatisch das flämische, wallonische und deutsche Äquivalent. Die Listen stehen im internen Bereich des Sicherheitsportals zur Verfügung (einloggen nötig).
4. zur Verfügung stellen von Erreichbarkeitsdaten, die bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Bereich der Interventionen im Krisenfall innerhalb der EMR relevant sein können; dieser Teil des Sicherheitsportals beinhaltet Links zu den unterschiedlichen Webseiten, die für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit relevant sind. Auch sind dort die Erreichbarkeitsdaten von Hilfsorganisationen und den verantwortlichen Autoritäten gelistet. Innerhalb des Projekts wird ermittelt, welche Webseiten und welche Erreichbarkeitsdaten relevant sind. Sobald



diese identifiziert sind, werden sie im Sicherheitsportal veröffentlicht.

5. Die Spezialisierungen der unterschiedlichen Hilfsorganisationen in der EMR müssen beschrieben werden. Jede Hilfsorganisation in der EMR verfügt über besondere Fähigkeiten oder besonderes Material, welches lediglich in sehr speziellen Fällen eingesetzt wird und daher nicht an allen Standorten zur Verfügung steht. Dabei kann gedacht werden an Tauchteams, Bergrettung, spezielle Such- oder Messapparaturen, Boote, Trinkwasseraufbereitungsanlagen oder Höhlenrettungsmannschaften. Das Sicherheitsportal umfasst eine Aufzählung dieser Spezialisierungen sowie des verfügbaren Materials und informiert darüber, wie darauf zurückgegriffen werden kann, sobald sich ein Einsatz bei einer Rettungsaktion als notwendig erweist.
6. Das Sicherheitsportal muss den unterschiedlichen Hilfsorganisationen und behördlichen Organisationen die Möglichkeit für einen Wissensaustausch bieten; die Hilfsorganisationen lernen nach wie vor täglich durch ihre Einsätze hinzu. Auch ist es besonders wichtig, dass die Angestellten dieser Dienste die Arbeitsmethoden der anderen richtig und gut kennen lernen. Mit dem Sicherheitsportal wurde dafür nun eine Plattform geschaffen. Lerneinheiten können dort veröffentlicht und eventuell mit Fotos und erklärenden Texten beschrieben werden. Auch bietet das Portal die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen oder Fragen zu stellen, auf die andere reagieren können.
7. Das Sicherheitsportal beinhaltet eine Beschreibung der Entscheidungsstrukturen jeder einzelnen Teilregion; das Sicherheitsportal legt schematisch dar, wie behördliche und operationelle Beschlüsse in jeder einzelnen Teilregion gefasst werden. Damit ist klar geregelt, wer für was zuständig ist, sollte sich der Einsatz von Feuerwehr, Polizei oder medizinischer Versorgung als notwendig erweisen.
8. Das Sicherheitsportal wird über eine Bibliothek verfügen, in der wichtige Studien, Dokumente etc. zum Thema öffentliche Sicherheit und Katastrophenschutz auffindbar sind. Im Laufe der Jahre wurden zahlreiche Studien über die Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit und des Katastrophenschutzes durchgeführt.

Sofern diese in digitaler Form vorliegen und keinen Copyrightrechten unterliegen, werden sie in dem Sicherheitsportal aufgenommen. Dort können sie dann eingesehen werden. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, wird ein entsprechender Literaturhinweis veröffentlicht, so dass die Interessenten die gewünschte Studie bestellen oder heraussuchen können.

Euregionale Risikokarte:

Ziel der euregionalen Risikokarte ist es, ein Instrument zu entwickeln, welches übersichtliche und deutliche Angaben über die Risiken innerhalb der EMR liefert. Die Karte erfüllt damit folgende Zwecke:

- Informationsinstrument für den professionellen Anwender (Verwaltungsorgane, operationelle Dienste und andere Behörden).
- Kommunikationsmittel für den Bürger.

Es wird angestrebt, auf der euregionalen Risikokarte möglichst weit reichende Informationen über Risikoobjekte zur Verfügung zu stellen. Dabei sind unter anderem die folgenden Objekte zu berücksichtigen:

- SEVESO Betriebe und andere chemische Betriebe
- Tunnel
- Naturgebiete
- große, hohe Gebäude
- Flughäfen
- Wasserstraßen und Wasserflächen
- Schienenwege
- Risikoobjekte wie Krankenhäuser oder Schulen

Gemeinschaftskonzepte und Übungen:

Das Ziel der grenzüberschreitenden Gemeinschaftskonzepte innerhalb der EMR ist es, Bürgern, Touristen und Menschen, die diese Region zur Durchreise nutzen, eine adäquate Hilfeleistung anzubieten, die nicht von den (Staats)grenzen beeinflusst wird. Dies trifft nicht nur auf die reguläre Hilfeleistung, sondern auch auf großflächige Kalamitäten zu.



Folgende Aspekte sind dabei zu berücksichtigen:

1. Einsatzindikatoren; wann wird Hilfe im Ausland angefordert und wer beschließt über den Einsatz ausländischer Hilfe?
2. Art der Alarmierung; wie läuft die Alarmierung ab? Welche operationellen und behördlichen Instanzen sind an der Hilfeleistung beteiligt?
3. Alarmierungsphase; was wird in welcher Phase gemeldet? Wird das Problem der Hilfe leistenden zentralen Leitstelle vorgebracht, die dann wiederum beschließt, was ausgesendet werden kann oder wird erst definiert, was für den Zwischenfall benötigt wird und werden entsprechende Fragen gestellt?
4. Aufgabe der zentralen Leitstellen; die Alarmierung verläuft in der Regel über die zentrale Leitstelle; innerhalb der eigenen Region sind die Aufgaben bekannt; bei der Alarmierung ausländischer Hilfe muss klar beschrieben werden, wie, welche und wo die benötigten Mittel erhältlich sind.
5. Erhalt ausländischer Hilfe; die vorfahrenden ausländischen Hilfsfahrzeuge kennen sich in der Regel nicht so gut in dem ausländischen Einsatzgebiet aus. Sie müssen entsprechend zur Sammelstelle oder zum Einsatzort gelotst werden. Es muss daher geregelt werden, wie dies in den unterschiedlichen Teilregionen der EMR abläuft. Kommunikation über das Radio ist nicht mehr möglich, sobald ein Hilfsfahrzeug die Grenze überquert. Auch wird die Kommunikation mit der eigenen oder der Leitstelle unterbrochen, die sich in dem jeweiligen Gebiet befindet. Wie kann das vermieden werden?
6. Einsatz ausländischer Hilfe; pro Land in der EMR gibt es maßgebliche Unterschiede in den Systemen, Befehlsstrukturen, personelle Zuständigkeiten und der materiellen Ausrüstung. Vereinbarungen müssen getroffen werden, welche Aufgaben ausländisches Personal übernehmen kann und darf; wer die Leitung über das ausländische Personal beim Einsatz im Katastrophengebiet übernimmt; welches Material eingesetzt werden darf.
7. Patiententransport zu den Krankenhäusern; welche Krankenhäuser gibt es in der EMR und welche davon können traumatisierte Patienten behandeln und wie viele von derartigen Patienten können in welchem Krankenhaus aufgenommen werden? Welche Spezialisierungen werden von welchem Krankenhaus abgedeckt?
8. Aufklärung; wie verläuft die Aufklärung der Presse? Darf zum Beispiel ein deutscher Einsatzleiter, der die Organisation bei einer Katastrophe auf niederländischer Seite übernommen hat, der niederländischen Presse Rede und Antwort stehen oder gelten dafür in den Niederlanden andere Regeln und Gewohnheiten?
9. Kostenvergütung; wer bezahlt die ausländischen Einsatzkräfte? Wie ist die Bezahlung geregelt?
10. Beendigung des Einsatzes; wer bestimmt, ob und wann ein Einsatz beendet ist? Wie wird dieses mit den Betroffenen kommuniziert?



2.4 Indikatoren

Zu Beginn wurden folgende Projektindikatoren festgelegt:

Indikator	geplantes Ziel	erreichtes Ziel
Anzahl (direkte) Partner	5	6
Anzahl (indirekte) Partner		12
Anzahl Planungsdokumente / gemeinsame Studien	1	6
Anzahl Instrumente zum Informationsaustausch	3	3
Anzahl Austauschprojekte	1	4
Anzahl neu geschaffene Einrichtungen / Strukturen / Netzwerke	1	2

Die Leistungsindikatoren wurden vor Projektstart definiert und sind bis zur Beendigung des Projekts erfüllt worden. Die Anzahl der direkten Partner ist über die Zeit gleich geblieben, auch wenn man sich abschließend fragen kann, welche Anforderungen die direkten Partner hätten erfüllen müssen. Innerhalb dieses Projektes sind hiermit die formellen Projektpartner gemeint. Alle Partner, die zwar nicht offiziell zu den direkten Partnern zählten, allerdings einen maßgeblichen Beitrag zum Projekt geliefert haben, werden als indirekte Partner betrachtet. Die Auswahl der tatsächlichen Partner wurde anhand der Disziplinen getroffen, die gemäß der Zielsetzung des Projekts zusammenarbeiten sollen. Des Weiteren hing die Entscheidung von den vorhandenen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Bereich der physischen Sicherheit ab. Davon gibt es insgesamt zahlreiche auf diesen Gebieten. An dem Projekt waren schlussendlich 12 indirekte Projektpartner beteiligt. Sie waren in meisten Fällen bei den Sitzungen der einzelnen Arbeitsgruppen innerhalb der drei Teilprojekte präsent.

2.5 Projektstruktur

Folgende Projektstruktur wurde gewählt:

- Eine Partnergruppe: diese Gruppe bestand aus Vertretern aller Projektpartner (ein Abgeordneter pro Partner). Diese Projektpartner steckten die Hauptziele des Projekts ab und haben diese gemeinsam verabschiedet. Zudem traf diese Gruppe die Entscheidungen, zu denen sich die vollständige Projektgruppe nicht

in der Lage sah. Die Partnergruppe tagte von Juli 2006 an insgesamt vier Mal.

- Die Projektgruppe; diese Gruppe setzte sich aus dem Projektmanager, dem ausführenden Projektleiter und den Vorsitzenden der Teilprojekte zusammen. Damit war die Zusammensetzung hauptsächlich von niederländisch-belgischer Natur (siehe Anhang 1). Die Projektgruppe traf sich durchschnittlich alle sechs Wochen. Darüber hinaus fanden zahlreiche bilaterale Gespräche zwischen den Mitgliedern der Projektgruppe statt.
- Das Expertengremium; das Expertengremium bestellte den Beirat OVR (Ösikot). Der Beirat, zu dem Zeitpunkt noch eine reine Arbeitsgruppe, hatte die Initiative für das Projekt ergriffen. Das Expertengremium beriet die Projektgruppe hauptsächlich und gab ihr Feedback zu den Prozessabläufen des Projekts und der strukturierten Verankerung der Projektergebnisse auch nach Beendigung des Projekts. Während der regulären Arbeitstreffen des Beirats Ösikot wurde der aktuelle Stand der Dinge innerhalb des Projekts an die Mitglieder des Beirats vorgetragen.
- Das Teilprojekt Arbeitsgruppen; das Teilprojekt „Arbeitsgruppen“ setzte sich vor allem aus Vertretern der EMR zusammen, die inhaltlich zu dem Thema des Teilprojekts beitragen konnten. Innerhalb des Teilprojekts „euregionale Risikokarte“ wurde eine Arbeitsgruppe für die inhaltliche Umsetzung errichtet. Zudem gab es eine kleinere Unterarbeitsgruppe für die technische Realisierung. Das Teilprojekt „Sicherheitsportal“ hatte ebenfalls eine



Arbeitsgruppe. Das Teilprojekt „Gemeinschaftskonzepte“ setzte sich aus mehreren Arbeitsgruppen zusammen, nämlich der Arbeitsgruppe „Leitung der zentralen Leitstellen“, der Arbeitsgruppe „Feuerwehr“ und der Arbeitsgruppe „Übungen“. Alle Arbeitsgruppen waren im Laufe des Projekts größtenteils mit der Entwicklung, Planung und Durchführung von Projektaktivitäten beschäftigt. Die Häufigkeit der Arbeitsgruppensitzungen unterschied sich sehr zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen. Des Weiteren fanden häufig bilaterale Gespräche zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgruppen und Organisationen statt, die zwar nicht in der jeweiligen Arbeitsgruppe vertreten waren, aber einen wichtigen Beitrag für den Prozess liefern konnten. Trotz der kurzen Projektdauer haben die Arbeitsgruppen hervorragend funktioniert.

Das Arbeiten nach dieser Struktur hat sich in diesem Projekt sehr bewährt. Jede Gruppe hielt sich an die eigenen Kernaufgaben. Die Projektgruppensitzungen stellten eine wichtige Verbindung zu den einzelnen Arbeitsgruppen dar. Die Vorsitzenden der Teilprojekte wurden sowohl von dem Projektmanager als auch den jeweils verantwortlichen Projektleitern über die Ergebnisse der anderen Gruppen informiert, sofern diese für sie von Bedeutung waren.

Anhand dieser Struktur wurde vermieden, dass sich zu große und zu unterschiedliche Gruppen bilden.

2.6 Finanzstruktur

Das Projekt wurde größtenteils mit Mitteln von INTERREG IIIA finanziert, ein Stimulierungsfond für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die belgische Provinz Lüttich sowie das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen haben das Projekt kofinanziert. Alle Partner haben zudem einen Eigenanteil geleistet.

Folgende Finanzstruktur war zunächst bei der Beantragung des Projekts vorgesehen:

	2005	2006	2007
Förderung durch Interreg IIIA	€139.799,50	€119.100,50	€106.850,-
Kofinanzierung:			
- Ministerium (NL)	€15.000,-		
- Land NRW (D)	€5.700,-	€6.900,-	€8.400,-
- Provinz Limburg (B)	€6.400,-	€5.550,-	€5.550,-
- Region Wallonien	€59.499,50	€31.500,50	€34.000,-
Eigenanteil	€53.200,-	€75.150,-	€128.350,-
Gesamt	€279.599,-	€238.201,-	€213.700,-

Bedingt durch die späte Bewilligung des Gutachterausschusses der Stiftung EMR begann das Projekt ein Jahr später als geplant und somit erst am 1. Januar 2006. Dadurch wurde der Finanzierungsplan maßgeblich beeinflusst, so dass dieser zweimal angepasst werden musste. Die erste Änderung bestand in der Verschiebung des für 2005 vorgesehenen Budgets. Dieses wurde auf die Jahre 2006 und 2007 neu verteilt. Ende 2006 zeigte sich dann, dass ein Großteil des Budgets noch nicht verbraucht war, weshalb eine weitere Verschiebung dieses Anteils auf das Jahr 2007 nötig war.

Für die Realisierung der euregionalen Risikokarte sowie das Sicherheitsportal mussten folgende Schritte durchlaufen werden:

1. Errichtung der Arbeitsgruppen und einer Teilprojektstruktur
2. Inventarisierung der inhaltlichen Wünsche von professionellen Nutzern
3. Umsetzung der inhaltlichen Wünsche in einen funktionellen Entwurf
4. Anschaffung von Hard- und Software
5. tatsächliche Einrichtung der euregionalen Risikokarte und des Sicherheitsportals

Der Arbeitsplan sah ursprünglich die Schritte 1 und 2 für das Jahr 2005 vor und in den Jahren 2006 und 2007 sollten die Schritte 3, 4 und 5 durchlaufen werden. Bedingt durch die Verkürzung der Projektlaufzeit ergab sich eine Verschiebung der Schritte 1 und 2 auf das Jahr 2006. Die Schritte 3, 4 und 5 wurden schlussendlich komplett im Jahr 2007 bearbeitet. Dies erklärt, warum der größte Anteil an externen Kosten im Jahr 2007 angefallen ist. Die Anschaffung von Soft- und Hardware war erst möglich, nachdem bekannt war, welche Technik realisiert wurde. Hätte man bereits im Jahre 2006 in die Soft- und Hardware investiert, hätte das Risiko einer Fehlinvestition bestanden.

Für die Installation der Soft- und Hardware fielen zudem zusätzliche Personalkosten an, die auch



nicht auf das Jahr 2006 umgelegt werden konnten.

Für das Teilprojekt „Gemeinschaftskonzepte“ trifft ähnliches zu. Mit effektiven Übungen konnte nicht eher begonnen werden, bevor alle Gemeinschaftskonzepte klar und deutlich definiert waren. Darüber hinaus kostete die Realisierung euregionaler Übungen viel Zeit. Die Mittel für diese Übungen war ursprünglich für das Jahr 2006 geplant. Durch den späteren Projektstart wurden auch diese Gelder in das Jahr 2007 verschoben.

Beide Änderungsanträge des Finanzierungsplans wurden von der EMR genehmigt. Damit ergab sich schlussendlich der folgende Finanzierungsplan:

	2005	2006	2007
Förderung durch Interreg IIIA	€0	€119.789,95	€245.960,06
Kofinanzierung:			
- Ministerium (NL)	€0	€2.239,56	€12.760,43
- Land NRW (D)	€0	€8.947,16	€12.052,84
- Provinz Limburg (B)	€0	€8.575,08	€8.924,92
- Region Wallonien	€0	€59.372,39	€65.627,62
Eigenanteil	€0	€40.655,75	€146.594,89
Gesamt	€0	€239.579,89	€491.920,11

Vor allem die Weitergabe von Lohnabrechnungen und Arbeitgeberkosten sorgte bei einer Vielzahl der Anzahl von Projektpartnern für Probleme, weshalb sich das Abrufen von Fördermitteln oftmals verzögerte. Für dieses Problem wurde eine Zwischenlösung gefunden. Bei der Abschlusskontrolle wird der Finanzprüfer, der extra für diese Aufgabe herangezogen wird, die geleisteten Arbeitsstunden und entsprechenden Lohnkosten des abgerechneten Personals überprüfen.

2.7 Kommunikation und Publizität

Für das Projekt wurde ein Kommunikationsplan erstellt, der die öffentlichkeitswirksamen Aktionen beschreibt, die in direktem Zusammenhang mit den Teilprojekten standen. Dieser Plan berücksichtigte die Vorgaben, die die EMR an die Veröffentlichung von Projektergebnissen stellt. Der Kommunikationsplan bot die Möglichkeit zur systematischen Kommunikation mit Externen. Anhand des Plans sollten sich Verbreitungsaktivitäten gut planen lassen und in jeder Phase Presseberichte, Newsletter und ähnliches angeboten werden können.

Es zeigte sich jedoch, dass der Kommunikationsplan leider nicht die gewünschte Orientierung bot. Das traf vor allem auf die Veröffentlichung des Newsletters zu. Dies lag darin begründet, dass für die Veröffentlichung von Newslettern keine Mittel im Finanzplan berücksichtigt wurden und diese mit mehr Aufwand verbunden waren, als anfänglich gedacht war.

Ob die angebotenen Presseberichte auch tatsächlich von den Medien verwendet wurden, hing immer stark von der Aktualität des Artikels ab. Nicht alle Projektaktivitäten erzielten einen hohen aktuellen Wert für die Bürger der EMR. Das hing unter anderem damit zusammen, dass viele Aktivitäten auf die professionellen Nutzer ausgerichtet waren und weniger für die allgemeine Öffentlichkeit von geringerem Interesse waren. Eine euregionale Risikokarte, die von allen Bürgern der EMR einsehbar ist, hätte mit Sicherheit ein hohes öffentliches Interesse hervorgerufen. Während der Entwicklung dieser euregionalen Risikokarte zeigte sich jedoch, dass die Gesetzgebung in Belgien und Deutschland es nicht erlaubt, dass die Öffentlichkeit derartige Informationen abrufen darf. Da die limburgische Risikokarte jedoch bereits realisiert war, stellte das Projekt für die Bürger dieser Region keine Neuigkeit dar. Dennoch wurde mehrfach versucht, das Interesse der Bürger auf das Projekt zu lenken. Die zwischenzeitliche Präsentation von Ergebnissen erwies sich dabei jedoch als schwierig, da eine nur halb realisierte Webseite oder die reine Präsentation des Gemeinschaftskonzepts nicht ausreichend verständlich war. Erst gen Ende des Projekts wurden mehrere Presseberichte veröffentlicht, die sich mit den Ergebnissen des Projekts befassten.

Es fanden zahlreiche Präsentationen an professionelle Nutzer innerhalb und außerhalb der EMR statt. Eine Übersicht über diese Vorträge können Anhang 2 entnommen werden.

2.8 Zeitlicher Ablauf

Mit dem Projekt hätte offiziell am 1. Januar 2005 begonnen werden können. Aufgrund der späten Bewilligung durch die EMR ist das Projekt jedoch erst effektiv am 1. Januar 2006 gestartet. Damit hat das Projekt im wahrsten Sinne des Wortes ein Jahr still gelegen. Um die beabsichtigten Ziele erfolgreich abschließen zu können, wurde das Projekt bis April 2008 verlängert. Schlussendlich hieß das in der Praxis, dass das Projekt von 36 auf 28 Monate verkürzt wurde.



TEIL 2: ERGEBNISSE



3 EUREGIONALE RISIKOKARTE

3.1 Einleitung

Eine der drei Komponenten innerhalb des EMRIC-Projekts stellt die Entwicklung der euregionalen Risikokarte dar. Zu der primären Zielgruppe dieser Karte zählen die Hilfsorganisationen und Behörden der Euregio Maas-Rhein. Sofern es die Gesetzgebung der drei Länder zulässt, wird die Risikokarte im Internet veröffentlicht und ist damit auch für den Bürger einsehbar. Die Entwicklung der Risikokarte orientiert sich an der bereits erprobten Technik der niederländischen Risikokarte. Jede Teilregion ist anschließend selber für die Eingabe und stetige Aktualisierung der Risikodaten in der Karte verantwortlich. In den Niederlanden ist die Realisierung und Verwaltung einer derartigen Risikokarte gesetzlich vorgeschrieben. Die dazu nötigen Investitionen sowie die technische Infrastruktur für den Aufbau der Webseite können größtenteils für die Einrichtung der euregionalen Risikokarte verwendet werden. Dieser Teil des Netzwerks umfasst nicht nur die Karte an sich, sondern auch einen Teil, in dem die unterschiedlichen Risikoarten wie Erdbeben, Hochwasserkatastrophen, Flüssigkeitsbrände, Gasexplosionen etc. näher erläutert werden.

3.2 Ausgangspunkte und Zielsetzung

Ausgangspunkte bei Start des Projekts:

- Die Behörden sorgen für ausreichende Transparenz ihrer Beschlüsse.
- Die Verantwortungen für die jeweiligen Bereiche der Sicherheitspolitik müssen (dem Bürger) bekannt sein.
- Gemeinden (in den Niederlanden) sind im Rahmen der Raumordnung gesetzlich dazu verpflichtet, Risiken zu inventarisieren.
- Gemeinden (auf jeden Fall in den Niederlanden) müssen Bürger aktiv über die möglichen Risiken in ihrer Gemeinde informieren.
- Grenzregionen sind dazu verpflichtet, sich untereinander über die Risiken, die sich in

einer Grenzregion im Umkreis von 15 km befinden (Vertrag von Helsinki) zu informieren.

- Entwicklung einer Karte, die auf der Technik der niederländischen Risikokarte basiert.

Ausgangspunkte während der Projektlaufzeit:

- Die Betonung liegt auf einer Karte für die Nutzung professioneller Organisationen.
- maximales Ergebnis mit minimalem Aufwand / optimale Verwendung von technischen Errungenschaften
- Entwicklung eines Systems „a la carte“, d.h. es ist den Partnern überlassen, welche Daten in die Karten eingetragen werden und wer sie aufrufen darf.

Ziel:

Mit der Risikokarte soll ein Instrument errichtet werden, um sich Risikodaten eines bestimmten geographischen Gebiets klar und deutlich graphisch anzeigen zu lassen.

Die Karte kann folgende Zwecke erfüllen:

- Informationsinstrument für den professionellen Anwender (Verwaltungsorgane, operationelle Dienste und andere Behörden).
- Kommunikationsmittel in Richtung des Bürgers.

3.3 Prozess

Der Prozess lässt sich in die folgenden vier Phasen einteilen:

1. **Startphase** (Start Juli 2006)
In dieser Phase wurde die Projektgruppe zusammengestellt und der Projektplan über die Risikoobjekte definiert (Fertigstellung im September 2006)
2. **Informationsphase** (September 2006)
In dieser Phase wurden der Informationsbedarf sowie die angestrebten Ziele der Partner ermittelt.



Dadurch ließ sich angeben, welche Daten die eu-regionale Karte vorzugsweise zu liefern hat. Dies hat zu einem Datenkatalog geführt, der pro Katastrophe aufführt, welche Daten anzugeben sind (Fertigstellung im 1. Quartal 2007).

3. Technische Phase (Start 2. Quartal 2007)

Während dieser Phase wurde basierend auf dem Datenkatalog ein Datenmodell für die technische Umsetzung der Daten entwickelt. Anschließend entstand ein funktioneller Entwurf der Karte. Dieser beinhaltete u. a. die Technik der Karte (*webbased services*). Für eine globale Kundenbefragung wurde zum Schluss ein so genannter technischer Prototyp der Karte entwickelt (Fertigstellung im 3. Quartal).

4. Implementierungsphase (Start 4. Quartal 2007)

Im Verlauf dieser Phase fand die technische Umsetzung von Daten, die von den Partnern angeliefert wurden, in das Anbieten dieser Daten als Webservice statt. Der Prototyp wurde einem Teil der Benutzergruppe vorgelegt. Ferner richtete sich die Aufmerksamkeit auf das Generieren von Daten, um diese in die Risikokarte einzutragen. Auch musste die Karte um Untergründe (*euro-streets*) und die notwendigen Funktionalitäten und Legenden erweitert werden (Fertigstellung im 1. Quartal 2008).

3.4 Ergebnisse

In jeder Phase wurden folgende Ergebnisse erzielt:

1. Startphase

Während der Startphase wurde der Projektplan geschrieben und die Zusammensetzung der Projektgruppe definiert.

2. Informationsphase

Die Informationsphase endete mit der Fertigstellung des Datenkatalogs.

3. Technische Phase

In der technischen Phase wurden das Datenmodell, der funktionelle Entwurf sowie der Prototyp entwickelt.

4. Implementierungsphase

Zum Ende der Implementierungsphase entstand die finale Version der Karte, die die von

den Partnern gewünschten Informationen und Daten enthält.

Es handelt im Übrigen immer noch um eine vorwiegend niederländische Karte, die allerdings auch belgische und deutsche Daten enthält.

3.5 Schlussfolgerung und Empfehlungen

Schlussfolgerungen

Anhand dieses Teilprojekts können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden: Datensammlung und Netzwerkbildung sind langwierige Unterfangen, die mit großem Aufwand verbunden sind. Bei den entsprechenden Informationen handelt es sich nicht um eine Bring-, sondern um eine Holschuld. Kulturelle, juristische und politische Unterschiede im Bereich der Risikokommunikation müssen dabei stets berücksichtigt werden. Ein neues Netzwerk wurde entwickelt / die Zusammenarbeit sowie die Möglichkeit, sich besser kennen zu lernen, werden als Pluspunkte gesehen. Unklar ist immer noch, wer die richtigen Ansprechpartner in diesem Bereich sind. Behördliche Lenkung / behördliche Anschiebung von zähen Prozessen hätte womöglich zu besseren und schnelleren Ergebnissen geführt. Bei derartig langen Projekten besteht immer das Risiko, dass das Projekt nicht bis zum Schluss von allen getragen wird. Diesem Aspekt muss viel Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es wurde nun zwar ein tragendes Fundament errichtet, aber die Weiterentwicklung muss auch weiterhin im Vordergrund stehen. Das Instrument ist nun zwar entwickelt, die behördliche Gewähr für die Verwendung ist jedoch noch nicht gesichert.

Empfehlungen

Aus diesem Teilprojekt ergeben sich die folgenden Empfehlungen:

- Bereits zu Beginn müssen Partner auf dem richtigen Niveau hinzugezogen werden (amtlich/behördlich).
- Für ein behördlich und organisatorisch gut durchdachtes Fundament ist bereits zu Beginn zu sorgen.



- Schenke Hilfsdiensten als Kunde Aufmerksamkeit.
- Man muss sich der Zeit bewusst sein, die für die Bewerksstellung eines entsprechenden Netzwerks benötigt wird.
- Starte mit gemeinsam angestrebten (politischen) Zielen.
- Erfahrungen in Form von *best practice* Beispielen müssen auch anderen Euregios oder Regionen vermittelt werden.
- Weiterentwicklung der Risikokarte, so dass sie später Teil eines übergreifenden Informationssystems wird, welches auch andere Systeme wie zum Beispiel das Sicherheitsnetz, LIVE und Testanet umfasst (Verknüpfung).
- Lenke in den diversen Phasen von derartigen langen Projekten viel Aufmerksamkeit auf die Kommunikation und PR, damit auch die Aufmerksamkeit für das Produkt erhalten bleibt.
- Für eine behördliche Gewähr ist zu sorgen, die die Verwendung der Risikokarte regelt (euregionales Protokoll).



4 SICHERHEITSPORTAL

4.1 Einleitung

Mit Hilfe des EMRIC Projekts wird nach einer Möglichkeit gesucht, Hilfsdiensten und Behörden in Krisenfällen jeglicher Art innerhalb der Euregio die Arbeit zu vereinfachen. Für diese Instanzen wurde daher das EMRIC Sicherheitsportal als technisches Hilfsmittel eingerichtet.

4.2 Zielsetzung

Das EMRIC Sicherheitsportal verfolgt das Ziel, um einerseits den operationellen Hilfs- und Sicherheitsdiensten im Falle ernster Kalamitäten jeglicher Art eine Unterstützung anzubieten und andererseits den behördlichen Einrichtungen ein Mittel zu reichen, um die Kommunikation untereinander sowie die Weitergabe von Informationen an die Hilfsdienste und Bürger zu vereinfachen.

Die technische Lösung für diesen Ansatz stellt die Entwicklung einer Internetseite dar, die sich in einen internen Bereich für die Hilfsdienste und Behörden einteilt und darüber hinaus einen öffentlichen Bereich umfasst, um die Bürger der Euregio zu informieren.

4.3 Prozess

Zunächst stand die Option zentral, die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen zentralen Leitstellen innerhalb der Euregio zu automatisieren. Diese Automatisierung umfasste im Prinzip die Digitalisierung der Vereinbarungen, die vor dem Hintergrund der grenzüberschreitenden Gemeinschaftskonzepte innerhalb der Arbeitsgruppen getroffen wurden.

Zu einem frühen Zeitpunkt wurde jedoch ersichtlich, dass für die Unterstützung und Realisierung der Gemeinschaftskonzepte weitere Aktionen zu treffen waren, damit die Kommunikation zwischen den zentralen Leitstellen und den behördlichen Einrichtungen reibungslos verlaufen kann. Zudem erwies es sich

als notwendig, dass diese verschiedenen Hilfsdienste strukturierte Informationen benötigen, damit die Zusammenarbeit verstärkt wird (z.B. welche Maßnahmen müssen bei bestimmten Kalamitäten innerhalb der verschiedenen Regionen ergriffen werden). Des Weiteren trat im Laufe des Hintergrundprozesses dieses Hilfsmittels die Notwendigkeit auf, dass zwischenbehördliche Zusammenarbeit besser strukturiert und (eingeschränkt) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muss.

Aus diesem Grund ist aus der ursprünglichen Idee, die Gemeinschaftskonzepte anhand einer Webseite zu digitalisieren, ein sehr umfangreiches euregionales Sicherheitsportal entstanden, welches nun allen Hilfsdiensten und verwaltungstechnischen Einrichtungen innerhalb der Region zur Verfügung steht.

4.4 Ergebnisse

Daher wurde ein Sicherheitsportal errichtet, um bei ernstesten Kalamitäten jeglicher Art den operationellen Hilfs- und Sicherheitsdiensten unterstützende Maßnahmen anzubieten:

- Automatisierung der Kommunikation zwischen den unterschiedlichen zentralen Leitstellen anhand eines
 - o Moduls Leitstellenformular,
 - o eines Moduls Logbuch sowie
 - o eines Moduls Intranetmail.
- Diese Dienste werden zudem mit Informationen über die einsetzbaren Mittel und Dienste außerhalb der jeweiligen Region und/oder jenseits der Landesgrenzen gespeist. Dieser Informationsfluss wird über das Modul Datenbank der Dienste und Mittel gesichert (auch die Einbindung des Moduls regionale Risikokarte spielt hier eine wichtige Rolle).
- Um die Weitergabe von Informationen innerhalb der operationellen Dienste zu unterstützen und vor allem zu vereinfachen, wurden die folgenden Module erarbeitet:
 - o Modul wichtige private Benachrichtigungen,
 - o Modul private Bibliothek,
 - o Modul private Links.
- Den behördlichen Einrichtungen wird ein Mittel gereicht, um die Kommunikation untereinander und die Weitergabe von Informationen mit folgenden Modulen zu garantieren:



- Modul Logbuch,
 - Modul Intranetmail.
- Für die vereinfachte Handhabung der Weitergabe von Informationen an die operationellen Dienste wurden folgende Module eingerichtet:
 - Modul wichtige private Benachrichtigungen,
 - Modul private Bibliothek,
 - Modul private Links und
 - Modul Verwaltung der Protokolle.
- Um die Weitergabe von Informationen an die Bürger innerhalb der Euregio zu erleichtern, wurden folgende Module erarbeitet:
 - Modul wichtige öffentliche Benachrichtigungen,
 - Modul öffentliche Bibliothek sowie
 - Modul öffentliche Links.
- klare Absprachen in Bezug auf die Kommunikation untereinander und Weitergabe von Informationen durch die behördlichen Einrichtungen
 - Wer darf wann über welche Informationen verfügen?
- klare Absprachen in Hinblick auf die Weitergabe von Informationen von den behördlichen Einrichtungen an die operationellen Dienste:
 - Wer darf was weiterleiten und vor allem wann?
- klare Absprachen in Hinblick auf die Weitergabe von Informationen an die Bürger innerhalb der Euregio.
 - Wer darf was weiterleiten und vor allem wann?

4.5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Nachdem das Sicherheitsportal nun technisch realisiert werden konnte, müssen nun die notwendigen Vereinbarungen mit allen involvierten Partnern, den Behörden sowie den Hilfs- und Sicherheitsdiensten getroffen werden.

Anhand dieser Vereinbarungen soll erreicht werden, dass den Beteiligten zum einen ihre spezielle Aufgabe bekannt ist und sie die entsprechende Verantwortung innerhalb der euregionalen Sicherheitsplattform übernehmen können. Zum anderen muss die kontinuierliche Weiterentwicklung der Plattform gewährleistet sein.

Vor dem Hintergrund der einzelnen Ziele ist sind folgende Aussagen zutreffend:

- klare Absprachen und Benennung aller Hilfs- und Sicherheitsdienste sowie aller behördlichen Einrichtungen innerhalb der Euregio
 - Wer darf wann was und wo?
- klare Absprachen hinsichtlich der Kommunikation zwischen den verschiedenen zentralen Leitstellen
 - Wann darf was verwendet werden?
- klare Absprachen in Hinblick auf die einsetzbaren Mittel und Dienste; Festlegung der lokalen Verantwortung für die operationellen Dienste:
 - Wer ist für das Update von welchen Informationen zuständig?
- klare Absprachen in Hinblick auf die Weitergabe von Informationen zwischen den operationellen Diensten:
 - Wer darf was weiterleiten und vor allem wann?
- Wegen der regionalen und nationalen Systeme, die innerhalb der unterschiedlichen Länder existieren, sollte sich im Anschluss ein Folgeprojekt mit der partiellen Integration, der Kommunikation sowie Sammlung und Weitergabe von Informationen zwischen dem euregionalen Sicherheitsportal EMRIC und den verschiedenen nationalen Systemen befassen. Zu den letzteren gehören beispielsweise das niederländische Sicherheitsnetz, das belgische LIVE und OSR sowie andere Systeme der behördlichen Einrichtungen und der unterschiedlichen Hilfs- und Sicherheitsdienste.
 - z.B. automatische partielle Kommunikation zwischen lokalen Sitrap-systemen und dem EMRIC-Logbuch.
- Außerdem sollte durch ein Folgeprojekt die zentrale Funktionsweise des Sicherheitsportals gewährleistet werden.
 - z.B. Webmastering und weitere Entwicklung der Funktionen vor dem Hintergrund sich ändernder regionaler und nationaler Gesetzgebungen.
- Ein ergänzendes Folgeprojekt sollte sich mit der inhaltlichen Gewähr und Funktion beschäftigen.
 - z.B. die Redakteure und ihre Möglichkeiten.
- Ein weiteres ergänzendes und weiterreichendes Folgeprojekt stellt die Ausarbeitung und Integration des EMRIC-Sicherheitsportals als euregionales Hilfsmittel dar.
 - z.B. EMRIC-Logbuch als Hilfsmittel, ohne den Einsatz von Materialien oder operationellen Schichtdiensten.



5 GEMEINSCHAFTSKONZEPTE

5.1 Einleitung

In der Euregio Maas-Rhein, wo sich die Grenzen der einzelnen Länder treffen, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Hilfsdienste, die den Bürgern die Versorgung und Sicherheit bieten, die ihnen zusteht, selbstredend. Grenzen dürfen in diesem Gebiet kein einschränkender oder hinderlicher Faktor sein. Darum arbeiten die Hilfsdienste bereits seit vielen Jahren zusammen und soll der Dienst, der als erster am Ort des Geschehens sein kann, als erster alarmiert werden und entsprechend als erster ausrücken. Der eigentlich verantwortliche Dienst kann dann erst später hinzu gerufen werden. Diese Zusammenarbeit basierte für die Feuerwehr jedoch bis vor kurzem lediglich auf Vereinbarungen zwischen den Gemeinden. Konkrete Anweisungen, wie bei großflächigen Zwischenfällen zusammengearbeitet werden soll, gab es nicht. Innerhalb der medizinischen Notfallversorgung existierten bereits Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei großflächigen Einsätzen, Eumed genannt.

5.2 Zielsetzung

Die Zielsetzung des EMRIC-Projekts bestand zum einen aus dem Treffen von Vereinbarungen mit den Verantwortlichen der Feuerwehreinrichtungen, die in der Euregio Maas-Rhein bei großflächigen Ereignissen herangezogen werden. Zum anderen mussten mit der Feuerwehr und der medizinischen Notfallversorgung Absprachen in Hinblick auf das Üben großflächiger Einsätze festgelegt werden.

5.3 Prozess

Im Bereich der medizinischen Notfallversorgung existierte bereits ein fungierendes Netzwerk der verantwortlichen Partner der Euregio Maas-Rhein. Dieses Netzwerk stimmt größtenteils mit dem Netzwerk überein, welches für die Feuerwehr benötigt wird. Bereits seit sechs Jahren finden struk-

turierte Besprechungen zwischen den Leitungen der zentralen Leitstellen statt. Diese Besprechungen sind deshalb so wichtig, weil die zentralen Leitstellen den Mittelpunkt bei Hilfeleistung darstellen. Darüber hinaus findet in der Euregio Maas-Rhein mit den regelmäßigen Sitzungen des Gremiums von Eumed ein weiterer strukturierter Austausch statt. Eumed setzt sich aus acht verantwortlichen Behörden der Euregio Maas-Rhein und Vertretern der insgesamt neun großen Krankenhäuser in der EMR zusammen. Das Gremium im Bereich der Feuerwehr setzte sich ursprünglich aus den Dienststellen in Aachen, Heinsberg, Eupen und Heerlen zusammen und konnte nun um einen Partner aus Lüttich erweitert werden. Diese drei Gremien haben während des EMRIC-Projekts mehrere Male getagt und konnten den Produkten des Teilprojekts erfolgreich Form geben.

5.4 Ergebnisse

Die Ergebnisse sind mit dem Projektauftrag konform:

- Gemeinschaftskonzepte Eumed und EMRIC (niedergeschrieben in dem Dokument „Besser ein guter Nachbar als ein ferner Freund“);
- 4-jähriger Übungsplan.

5.5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Auch hier handelte es sich um einen erfolgreichen Projektteil. Die Partner haben starken Einsatz gezeigt und die volle Verantwortung für ihren Bereich übernommen. Alle zusammen wollen den Bürgern über die Staatsgrenzen hinaus die Hilfe anbieten, die ihnen zusteht.

Das Projekt hat gezeigt, dass das richtige Netzwerk die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss des Projekts war. Dieser Aspekt muss in der Projektdauer und dem finanziellen Rahmen berücksichtigt werden.

Alle Partner müssen mitarbeiten und das Projekt unterstützen.



Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Projektteilen
müssen erfasst und überwacht werden.
Es wird viel Geld für Übersetzungen benötigt.



6 INTERNE UND EXTERNE KOMMUNIKATION

Beginn des Projekts wurden viele Beratungsanfragen an das EMR-Büro gestellt.

6.1 Projektpartner

Die Kommunikation mit den Projektpartnern verlief gut strukturiert, weshalb auch keine nennenswerten Probleme auftraten. Auch die Projektstruktur war klar und deutlich. Das Tagesgeschäft wurde von dem Projektmanagement erledigt. Konnte das Projektmanagement Aufgaben nicht übernehmen, fand Rücksprache mit der Projektgruppe statt. Handelte es sich allerdings um übergreifende Aufgaben, so wurden diese dem gesamten Konsortium vorgetragen.

Es traten dennoch einige Schwierigkeiten auf, die die Kommunikation zwischen den Partnern erschwerten und während des Projekts zu bewältigen waren:

Obwohl das Ziel des Projekts EMRIC bereits von Anfang an feststand, zeigte sich im Verlauf des Projekts, dass die Erwartungshaltungen zum Teil auseinander liefen. Dies hing vor allem mit der Organisation zusammen. Deswegen fanden mehrere Gespräche statt, um alle Projektpartner beisammen zu halten. Dies hatte wiederum einen Einfluss auf die Einsatzbereitschaft der jeweiligen Partner.

Da es sich bei den Partnern nicht um „vergleichbare“ Organisationen mit vergleichbaren Zielen handelte, wurde die Kommunikation untereinander erschwert.

Zudem wurde die behördliche Involvierung im Vorfeld nicht ausreichend diskutiert.

6.2 Euregio Maas-Rhein

Die Kommunikation mit dem EMR-Büro verlief reibungslos. Es entstand daher eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Projektmanagement und dem EMR-Büro. Sehr geschätzt wurde auch die Tatsache, dass es innerhalb des EMR-Büros einen festen Ansprechpartner gab. Vor allem zu

6.3 Interreg-Manager

Die Interreg-Manager haben einen sehr großen Beitrag zu diesem Projekt geleistet. Sobald das Projektmanagement Fragen hatte oder Dinge unklar waren, trugen die Interreg-Manager die notwendigen Lösungsansätze vor. Der häufigste Kontakt konnte zwischen dem Interreg-Manager der Provinz Limburg und dem Projektmanagement verzeichnet werden, weil das Projekt in der niederländischen Provinz Limburg eingereicht wurde. Sie war daher auch die primäre Kontaktstelle.

Die Interreg-Manager haben das Projekt vor allem mit der Lösung von Unstimmigkeiten unterstützt.

6.4 Kofinanzierer

Der Kontakt zu den Kofinanzierern während des Projektverlaufs war nur mäßig. Direkte Kontaktaufnahme erwies sich nämlich vor allem nur in der Beginnphase bis zur Bewilligung des Projekts als nötig. Anschließend verlief der Kontakt nahezu ausschließlich über das EMR-Büro und den Interreg-Managern. Während des Projekts trat einmal eine Frage zu der Auszahlung von kofinanzierten Mitteln auf. Diese konnte jedoch schnell beantwortet werden, so dass sich das Problem adäquat lösen ließ.

7 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

7.1 Allgemeine Schlussfolgerungen

Während der Projektdurchführung kam die Projektgruppe zu der folgenden Schlussfolgerung:

- Projektpartner müssen überzeugt sein; ein sehr weit reichendes Problem, weshalb die Projektpartner von dem Mehrwert der Zusammenarbeit bei einer Problemlösung erst überzeugt werden mussten.
- Der Bottom-up Ansatz; es wurde nicht auf der ‚obersten‘ Ebene beschlossen, was auf den unteren Ebenen an Arbeit zu leisten war. Ein behördlicher Beirat wurde nicht gegründet.
- Die Flexibilität des Projekts, damit die Projektziele sich immer mit den Wünschen und Möglichkeiten des beabsichtigten Netzwerks vereinbaren ließen und wenn nötig abgeändert werden konnten.
- Eine Erfolg versprechende und klar abgegrenzte Projektstruktur, weshalb allen bewusst war, was von den verschiedenen (Projekt)gruppen erwartet wurde.
- Die Anbindung an bestehende Strukturen sollte bestmöglich angestrebt werden. Aus diesem Grund griff man bereits zu einem frühen Zeitpunkt auf das Wissen und die Erfahrung der Organisationen zurück, die sich im Bereich Interventionen im Krisenfall bestens auskennen.
- Die Zusammensetzung des Projektteams erleichterte zwar die Kommunikation und vereinfachte die Abstimmung untereinander. Dennoch erforderte sie viel Aufmerksamkeit für die Unterhaltung der Beziehungen zu den formellen und indirekten Partnern.
- Das Projektkonsortium verfügte über umfassendes Fachwissen. Daher stellte die externe Kommunikation einen weiteren Schwerpunkt dar.
- Die herausragende Zusammenarbeit mit dem EMR-Büro und den Interreg-Managern.
- Der Fortschritt des Projekts sowie die Kommunikation über das Projekt haben dazu geführt, dass die euregionale Arbeitsgruppe neu strukturiert wurde. Damit wurde eine wichtige Basis für die Verankerung der Projektergebnisse geschaffen.
- Auch hat das Projekt einen Beitrag zur Verstärkung des Netzwerks geführt, welches zwischen den beteiligten Disziplinen besteht. Dieses zeigte sich für die optimale Zusammenarbeit als notwendig.
- Die Einbindung eines nicht an das Projekt verbundenen Koordinators, der über umfassendes Wissen über die Materie und das Netzwerk verfügte, führt insgesamt zu einer positiven Entwicklung des Projekts.
- Die Verwaltung; um im Rahmen von Interreg IIIA Mittel anzufordern, müssen der Projektkoordinator und die Projektpartner viele administrative Handlungen verrichten. Dieser administrative Aufwand wurde von der EMR erkannt, so dass sie den Projektkoordinator und die Projektpartner adäquat unterstützt hat. Durch die Einbindung einer externen Organisation, die mit der finanziellen Abwicklung derartiger Projekte erfahren ist, konnten die Projektpartner größtenteils entlastet werden. Durch diese Kooperation verlief die finanzielle Abwicklung mit dem EMR-Büro ohne weitere nennenswerte Schwierigkeiten;
- Die Presse; es erwies sich als sehr schwierig, das Interesse der Presse an diesem Thema zu wecken.
- Der personelle Einsatz; in diesem Projekt führte dieses immer wieder zu den größten Problemen. Zwar waren die teilnehmenden Organisationen alle zu einer Zusammenarbeit bereit, dennoch hatte die eigentliche Arbeit immer Priorität. Dies lag in den meisten Fällen darin begründet, dass die indirekten Partner wie die Feuerwehr und die Hilfsorganisationen nur einen freiwilligen Beitrag geleistet haben und somit nicht zu einem personellen Einsatz verpflichtet waren.
- Das Projekt hat deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit möglichst konkrete Formen annehmen muss. Mit anderen Worten, die Notwendigkeit für die Ergebnisse muss erkannt werden.
- Die Belange, Organisationsformen sowie Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten können in der Euregio stark variieren.



- Die Bedingungen über finanzielle Rechenschaft lassen sich nicht mit den vorherrschenden Strukturen der Partner in Einklang bringen. Als Beispiele hierfür gilt die Geheimhaltungspflicht von Mitarbeiterdaten bei der Deklaration der Kosten.

Generell kann daher folgende Schlussfolgerung gezogen werden:

- Es muss genügend Raum geschaffen werden, um flexibler mit den Unterschieden in der Gesetzgebung und den Zuständigkeiten umgehen zu können.
- In einer derartig komplexen Projektumgebung muss den einzelnen Partnern bereits im Vorfeld ein klares Bild vorliegen, was in Bezug auf ein derartiges Projekt von jedem erwartet wird und was jeder selber erwarten kann.
- Innerhalb der externen Bedingungen und Möglichkeiten sowie vor dem Hintergrund der allgemeinen Projektziele konnte ein maximales Ergebnis erzielt werden. Damit ist ein Fundament für die Zukunft gelegt.

7.2 Allgemeine Empfehlungen

Die allgemeinen Empfehlungen werden in zwei Bereiche eingeteilt. Auf der einen Seite stehen die generellen inhaltlichen Empfehlungen, auf der anderen werden Empfehlungen für die Zusammenarbeit innerhalb eines europäischen Projekts ausgesprochen.

Inhaltlichen Empfehlungen:

- Damit die erreichte strukturierte Zusammenarbeit innerhalb der EMR auch nach Beendigung des Projekts Fortbestand hat, muss das entstandene Netzwerk langfristig gepflegt werden. Dies muss nicht nur auf operationeller Ebene erfolgen, sondern auch auf der Ebene von Management und Politik.
- Die operationellen und behördlichen Ziele müssen klar definiert sein.
- Die zahlreichen grenzüberschreitenden Initiativen wie EMRIC; HERMAN; NIEDERER; Ci Rutten etc., die eine Zusammenarbeit regeln, müssen besser aufeinander abgestimmt werden.
- Die Position des Beirats Ösikat muss gefestigt werden und neue Herausforderungen müssen definiert werden. Die Gemeinde ist zwar primär für diesen Bereich verantwort-

lich, ist allerdings oftmals nicht über derartige Strukturen informiert.

- Mit Nachdruck muss für eine behördliche Verankerung der aus EMRIC resultierenden Ergebnisse gesorgt werden, damit eine kontinuierliche Fortsetzung garantiert werden kann.
- Die Aufgaben derartiger zentraler Einrichtungen müssen bei derartigen Projekten explizit aufgeführt werden.
- Die strukturierte Verankerung wird außerdem erreicht, wenn eine kleine Einheit gebildet wird, die die Zusammenarbeit vorantreibt. Die jeweiligen Organisationen müssen dazu Kapazitäten innerhalb der Organisation benennen, die sich mit der grenzüberschreitende Zusammenarbeit auseinandersetzen.
- Für derartige Themen muss ein verwaltungstechnischer Beirat einberufen werden. Nur dann kann eine Verankerung der Projektergebnisse sichergestellt werden. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich die richtigen Partner zusammenschließen.

Empfehlungen für die Zusammenarbeit innerhalb eines europäischen Projekts:

- Das finale Ziel derartiger euregionaler Projekte lautet ‚euregionale Zusammenarbeit‘. Dessen muss man sich jederzeit bewusst sein. Die euregionale Zusammenarbeit als Ziel darf nicht unterschätzt werden. Es kostet viel mehr Zeit, sich kennen zu lernen und sich gegenseitig zu vertrauen, als man in erster Linie denkt. Erreicht werden kann das Ziel nur dann, wenn man die Bereitschaft hat, dieses als oberstes Ziel zu sehen. Das inhaltliche Ziel kommt erst an zweiter Stelle, wobei der Inhalt an sich jedoch zu keinem Zeitpunkt aus den Augen verloren werden darf. Zusammenarbeit wird oftmals nach einer mühseligen und langwierigen Anfangsphase erreicht. Sobald jedoch von Zusammenarbeit die Rede ist, ist es auch wesentlich leichter, inhaltlich zusammenzuarbeiten.
- Darüber hinaus muss über die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen den Projektpartnern auch nach Beendigung des Projekts nachgedacht werden. Dabei ist auf alle Fälle stets der finanzielle Rahmen zu berücksichtigen.
- Zusammenarbeit lässt sich auch anhand einer bindenden Verpflichtung regeln, damit sie auch in Zukunft gewährt ist. Diese Verpflichtung könnte das Resultat des Vertrags über die Zusammenarbeit sein, so wie dieser zwischen den Partner für die Projektdauer



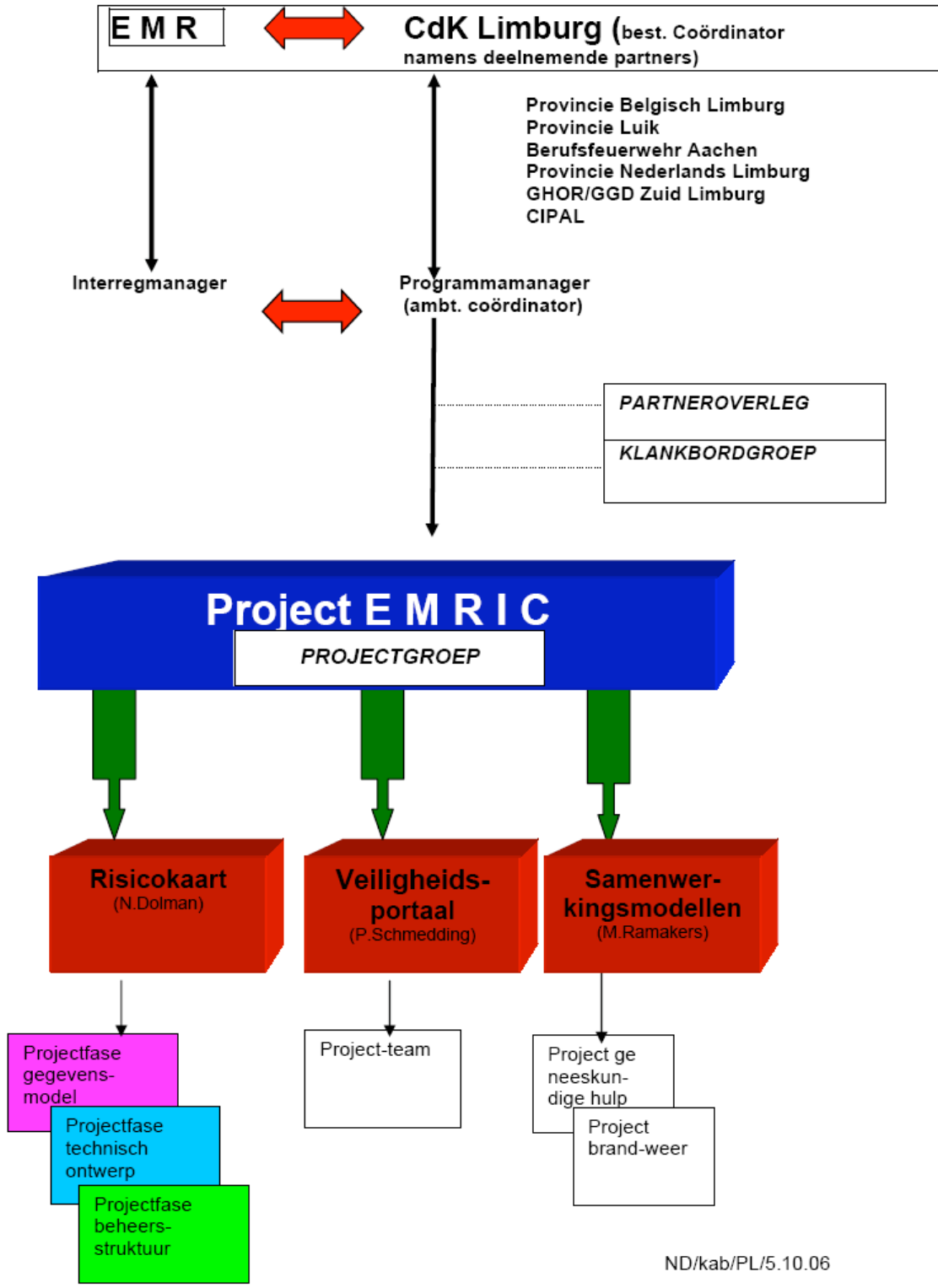
geschlossen wurde. Ein Vertrag während des Projekts ist unumgänglich, da er dafür sorgt, dass sich jeder an ihm orientieren kann, sobald Schwierigkeiten oder Probleme auftreten;

- Ein Projekt kann nur dann erfolgreich sein, wenn es eine klare Projektstruktur gibt, die die jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten festlegt. Dies scheint zunächst selbstredend, aber da bei euregionaler Zusammenarbeit Einflüsse wie kulturelle und sprachliche Unterschiede auftreten, ist dies ein nicht zu vernachlässigender ‚hinderlicher‘ Aspekt. Die Ziele eines Projekts dürfen nicht zu weit gefasst werden, da dies sonst lediglich zu allgemeinen behördlichen / politischen protokollarischen Vereinbarungen führt. Es

besteht zudem (auch) Bedarf an einer funktionierenden Zusammenarbeit in der Praxis. Bereits jahrelang bestehende Beziehungen dürfen nicht unnötig unterbrochen werden.



ANHANG 1:





ANHANG 2:

Veröffentlichungen

- Information über die euregionale Risikokarte in dem Zeitungsartikel ‚Zelfs bij aanleg van nieuwe woonwijk is de ‚Risicokaart Limburg‘ behulpzaam‘ (auf Deutsch: Selbst beim Anlegen eines neuen Wohnviertels kann die ‚Risikokarte Limburg‘ behilflich sein). Wohnzeitschrift „Woonkrant“ aus Maastricht/Heuvelland am 01-09-2006;
- Allgemeine Informationen über den Start/das Projekt euregionale Karte in drei Sprachen werden über das Sicherheitsportal EMRIC veröffentlicht;
- Bericht über die medizinische Notfallhilfe (SMH) innerhalb der EMR;
- Herausgabe des Newsletters EMRIC;
- Artikel in der Zeitschrift „Externe Sicherheit“;
- Arbeitsgruppe GKZ am 29.3.2007 in Den Haag;
- Anwenderkonferenz XGDI am 16.5.2007 in Venray;
- Beirat OOV ERMN am 29.5.2007 in Krefeld (D);
- Euregionaler Beirat EMR am 6.6.2007 in Maastricht;
- Expertengruppe limburgische Testkarte am 13.6.2007 in Maastricht;
- Permanente CIE am 25.9.2007 in Brüssel (B) ;
- Beirat Feuerwehrfürsorge EMRIC am 3.12.2007 in Heerlen;
- Arbeitsgruppe OOV ERMN am 11.12.2007 in Venlo;
- Feuerwehr Belgisch Limburg am 28.1.2008 in Lommel (B);
- Abschlusskonferenz EMRIC am 5.3.2008 in Maastricht